

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Lea Bill, JA!) vom 25. Februar 2010: Die Zukunft verlieren? SchulabbrecherInnen in der Stadt Bern (10.000085)

In der Stadtratssitzung vom 23. September 2010 wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

In der Schweiz ist der Schulabbruch noch ein Tabuthema. Bis jetzt wurden Schulabbrecherinnen von keinem Kanton – infolgedessen auch nicht vom Bundesamt für Statistik – erfasst, so dass man auf Erfahrungen einzelner Ämter und Institutionen angewiesen ist. Die Stadt Zürich beispielsweise geht gemäss mündlicher Mitteilung von 200 Schulabbrecherinnen im Jahr 2006 aus.

Die neu präsentierte Studie der Universität Fribourg, „Die Zukunft verlieren? Schulabbrecher in der Schweiz“, geht davon aus, dass jährlich rund 5'000 Jugendliche die Schule hinschmeissen. Die dadurch entstandenen Probleme sind für die Gesellschaft verheerend, denn wer die obligatorische Schulpflicht nicht abschliesst, fällt aus dem Bildungssystem heraus. Und wer keine Berufsausbildung hat, ist später einem höheren Erwerbslosigkeitsrisiko ausgesetzt, wird fürsorgeabhängig und verursacht Kosten, für die dann die Allgemeinheit aufkommen muss. Gemäss Studie belaufen sich die Folgekosten für die rund 5000 SchulabbrecherInnen auf mehrere 100 Mio. Franken.

Die Studie der Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm weist darauf hin, dass es nicht nur schwierige, rebellische, den Unterricht störende SchülerInnen sind, welche die Schule vorzeitig abbrechen, sondern schuld am Abbruch sind auch die Beziehungen zum Lehrer/zur Lehrerin und zu MitschülerInnen. Alle untersuchten Fälle haben eine lange Vorgeschichte, die oft schon in Kindergarten begonnen hat.

Der Gemeinderat wird daher gebeten folgende Punkte zu prüfen:

1. In Zusammenarbeit mit den Schulen der Stadt Bern alle Schulabbrüche in der achten und neunten Klasse (Kleinklasse, Real- und Sekundarniveau) zu dokumentieren und eine Statistik zu führen. Auch Kinder, die durch Wiederholung einer Klasse die obligatorischen neun Schuljahre erfüllt haben, sind in die Statistik aufzunehmen.
2. In Zusammenarbeit mit den Schulen Konzepte zu entwickeln, wie die Lehrerinnen und Lehrer beim Umgang mit nicht pflegeleichten SchülerInnen unterstützt werden können, so dass sich die Beziehungen zu den SchülerInnen nachhaltig verbessern.
3. In Zusammenarbeit mit den Schulen präventive Massnahmen und Strategien zu entwickeln, um drohende Schulabbrüche frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Bern, 25. Februar 2010

Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Lea Bill, JA!), Stéphanie Penher, Hasmim Sancar, Natalie Imboden, Aline Trede, Christine Michel, Jeannette Glauser, Rahel Ruch, Rolf Zbinden, Luzius Theiler, Regula Fischer

Bericht des Gemeinderats

Die Universität Fribourg veröffentlichte 2010 eine Studie, welche von Prof. Margrit Stamm geleitet wurde. Ungefähr 5 000 Jugendliche sollen gemäss den Ergebnissen des Forschungsteams jährlich die Schule abbrechen. Prof. Margrit Stamm und ihr Forschungsteam gehen davon aus, dass rund 2 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule vorzeitig abbrechen, wobei sie sogar annimmt, dass die effektive Zahl noch höher liegt. Sie weist darauf hin, dass Schulen die Abgänge verschweigen, da die Schule für alle obligatorisch ist und deshalb Schülerinnen und Schüler eigentlich gar nicht vorzeitig entlassen werden dürfen. Damit ist auch erklärt, dass das Phänomen von Schulabbrüchen in der Schule weitgehend tabuisiert wird.

Im Zusammenhang mit diesen Forschungsergebnissen ist vor allem die Erkenntnis hervorzuheben, dass Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher keineswegs nur schlechte, rebellische, den Unterricht störende Jugendliche sind, sondern dass es sich dabei um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Das Forscherteam hat vier Abbrecher-Typen identifiziert: Aussenseiter/innen, Schulversagende, Schulumüde, Rebellierende. Wegen dieser Heterogenität braucht es verschiedene angepasste Strategien, um möglichst viele drohende Schulabbrüche zu verhindern.

Aus Sicht des Forschungsteams ist vor allem das frühe Ansetzen von Präventionsmassnahmen wichtig. Frau Prof. Margrit Stamm sieht unter anderem die Möglichkeit, mittels gezielter Frühförderung den Kindern bessere Startchancen zu geben sowie die Freude am Lernen und die Bindung an die Schule zu verbessern. Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass nicht nur die Schülerinnen und Schüler allein für den Schulabbruch verantwortlich sind. Das häufigste Problem der Abbrechenden sei nämlich weniger die schlechte schulische Leistung, als vielmehr die Beziehung zu den Lehrpersonen und den Mitschülerinnen und Mitschülern.

Gemäss der Erkenntnisse der Studie ist ein Schulabbruch als langjähriger Prozess zu verstehen, in dem viele verschiedene Faktoren eine Rolle spielen, wobei individuelle Schüler/innen- und Familienmerkmale einerseits und die allgemeine schulische Sozialisation andererseits als zwei wesentliche Komponenten Einfluss haben. Gemäss Prof. Margrit Stamm ist der Einfluss der Schulen auf den Schulabbruch eindeutig vorhanden. Die Struktur, ihre Leistungsorientierung oder ihre disziplinarische Ordnung können für Schulabbrüche förderlich oder hinderlich sein.

Um einen Schulabbruch zu verhindern oder ihm vorzubeugen müssen deshalb bei den Strategien sowohl die individuellen wie auch die institutionellen Faktoren berücksichtigt werden, es müssen aber auch die Eltern miteinbezogen werden. Vor diesem Hintergrund nimmt der Gemeinderat zu den im Postulat aufgelisteten und zu prüfenden Punkten wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Das Phänomen wird im Kanton Bern bis anhin kaum wahrgenommen. Es gibt bis jetzt keine entsprechenden Zahlen, respektive Quoten. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport wird die Erfassung der Schulabbrecher/innen durch die Schulleitungen veranlassen. Eine entsprechende Statistik wird aufgebaut.

Zu Punkt 2 und 3:

Bezogen auf die Stadt Bern sind bereits verschiedene Massnahmen in Gang, welche als Teil einer Präventionsstrategie betrachtet werden können. Es sind deshalb nicht ein neues Konzept und neue Strategien zu entwickeln, sondern die bereits laufenden Massnahmen zur Verbesserung des Schulklimas und zur individuellen Begleitung und Unterstützung der Schüle-

rinnen und Schülern weiterzuführen und um einen weiteren Gesichtspunkt - nämlich denjenigen der Prävention von Schulabbrüchen - zu erweitern.

Bereits laufende Massnahmen:

- Die geplante flächendeckende Einführung der Frühförderung für sozioökonomisch benachteiligte Familien bewirkt unter anderem, die Startchancen der Kinder zu verbessern, ihre Freude am Lernen zu fördern und die Kinder und ihre Eltern besser an die Schule zu binden.
- Die Einführung des Case Managements Berufsbildung in der Sekundarstufe I verfolgt das Ziel, Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten bereits früh (in der siebten Klasse) zu identifizieren und ihnen eine individuelle, bedürfnisgerechte Unterstützung und Begleitung zur Verfügung zu stellen. Sie sollen die obligatorische Schulzeit erfolgreich abschliessen und anschliessend eine Anschlusslösung finden.
- Gefährdungsmeldungen bei der ambulanten Jugendhilfe können, sofern sie frühzeitig erfolgen, präventiv wirken, da diese Fachstelle Eltern wie Kinder und Jugendliche begleitet und unterstützt, so dass diese ihre Schullaufbahn abschliessen können.
- Mit der Einführung der Schulsozialarbeit kümmern sich weitere Fachleute um die sozialen Beziehungen zwischen Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern, wie auch unter den Schülerinnen und Schülern. Damit werden gefährdete Schülerinnen und Schüler innerhalb des Systems Schule identifiziert, unterstützt und begleitet.
- Das Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen setzt neben individuellen Zielsetzungen bezogen auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler respektive der Lehrpersonen auch bei der Verbesserung des Schulklimas an.
- Das Kompetenzzentrum Arbeit hat in Zusammenarbeit mit dem Schulamt, dem Jugendamt, der Schulsozialarbeit und der Schulleitung Bethlehemacker einen Pilotversuch gestartet. Dabei sollen ausgewählte Schülerinnen oder Schüler, welche nicht mehr über die normale Bildung in der Schule erreicht werden können, im Kompetenzzentrum Arbeit während einer begrenzten Zeit ein alternatives Bildungsprogramm - sogenannte „Ein-Blicke“ - besuchen, das auch einen Teil Arbeit in der Berufswelt beinhaltet. Das Pilotprojekt beschränkt sich vorläufig auf den Westen von Bern. Nach der Evaluation wird über eine weitere Ausdehnung auf andere Schulen befunden.

Weiter ist geplant, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der alle relevanten Partner wie die ambulante Jugendhilfe, die Schulsozialarbeit, die Berufsberatung, das Schulinspektorat und die Schulleitungen einbezogen werden. Gemeinsam sollen auf der Grundlage einer Problemanalyse Lösungen zu Handen der Schulkommissionen und der Schulleitungen erarbeitet werden.

Auswirkungen auf das Personal und die Finanzen

Das Postulat hat keine direkten Folgen für das Personal und die Finanzen. Allenfalls sind finanzielle Ressourcen notwendig für die Weiterbildung von Schulleitungen und Schulteams. Dies kann aber im Moment nicht beziffert werden.

Bern, 21. September 2011

Der Gemeinderat